

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

18. Juni 1947.

105/J

A n f r a g e

der Abg. S p i e l b ü c h l e r, A i g n e r und Genossen

an den Bundeskanzler,

betreffend den Forstarbeiterstreik in Oberösterreich.

-.-.-.-

An 1. Juni 1947 legten die staatlichen Forstarbeiter Oberösterreichs zum Protest gegen die unnötige Verschleppung des Kollektivvertrages die Arbeit nieder. Obwohl seit März die Kollektivvertragsverhandlungen abgeschlossen waren und die Arbeiter in den Privatforsten bereits die Löhne und sonstigen Bedingungen auf Grund der neuen Kollektivverträge hatten, blieben die bereits beschlossenen Vereinbarungen für die Staatsforst-Arbeiter unerfüllt. Als Grund wurde den Unterhändlern der Gewerkschaft angegeben, dass der betreffende Referent des Bundeskanzleramtes den Kollektivvertrag noch nicht geprüft habe. Der Streik dauerte zwei Tage, bis die Verwaltungsbehörden die letzten Verwaltungsakte setzten. Wertvolle Arbeitszeit ging der österreichischen Wirtschaft verloren.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, in dieser Angelegenheit unverzüglich eine Untersuchung einzuleiten, dem Hohen Haus über das Ergebnis zu berichten und sogleich mitzuteilen, welche Massnahmen gegen die Schuldigen an diesem Vorfall sowie gegen eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle veranlasst wurden?

-.-.-.-